

Annoucen-Annahme-Bureau. In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wihelmsstr. 17) bei E. J. Altici & Co. Breitestraße 14. in Gnesen bei Ch. Spindler, in Grätz bei S. Streifand, in S. eferitz bei Ph. Matthias.

Annoucen-Annahme-Bureau. In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei G. L. Haube & Co., Jaafenstein & Vogler, Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Götting beim „Invalidendank“.

Posener Zeitung.

Dreundachtzigster Jahrgang.

Nr. 479.

Das Abonnement auf diese täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Montag, 12. Juli.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaßene Petitzeile ober deren Raum, Ankünden verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittag angenommen.

1880.

Politische Uebersicht.

Posen, den 12. Juli.

Der wiener „Politischen Korrespondenz“ wird von Berlin geschrieben:

In der Kirchenpolitik wird man sich leicht wieder einigen, sobald die Zweifel über die Absichten der Regierung geschwunden sind, und das kann nicht lange mehr dauern. Bis jetzt giebt es noch zwei Interpretationen: nach der einen strebt die Regierung, selbst um hohen Preis, zum Ausgleich mit Rom; zur Befestigung dieser Ansicht tragen die überschwenglichen Aeußerungen des Kultusministers allerdings bei. Nach der anderen Interpretation wird der Kulturkampf wieder in ein schärferes Stadium treten, sobald die Unfriedfertigkeit Roms sich noch weiter dokumentirt hat. Diese Ansicht ist in der „Politischen Korrespondenz“ zuerst aufgestellt worden und die betreffenden Aeußerungen werden eines Tages ihre volle Befestigung finden.

Für einen Offiziösen sind das eine ganze Menge von Zugeständnissen: zuerst, daß über die Absichten der Regierung erklärende Zweifel bestehen, die noch behoben werden müssen; dann daß der Kultusminister durch seine überschwenglichen Aeußerungen zur Befestigung falscher Ansichten beigetragen hat. Dieses beiläufige Urtheil über den Kultusminister ist die beste Rechtfertigung aller, die aus Mißtrauen gegen den Kultusminister gegen eine Vorlage gestimmt haben, deren eigentliche Absichten noch immer der Aufklärung harren. Uebrigens hört die „N. Z.“ von anderer Seite die Erwartung aussprechen, es stehe eine mildere Praxis in Beziehung auf die Gestattung von Prozessionen und Wallfahrten bevor. Die erwähnte Zeitung bemerkt vollkommen zutreffend: „Wir wußten nicht, daß bisher an Prozessionen und Wallfahrten irgend ein Mangel bestanden hätte und wir würden ein Entgegenkommen der Staatsregierung in Betreff dieses Punktes sehr bedauern.“

Von der Regierung wird, wie es scheint, besonderer Werth darauf gelegt, nachzuweisen, daß die gegenwärtige Höhe der Roggenpreise durchaus nicht ungewöhnlich sei. Im Abgeordnetenhaus berief sich der Landwirtschaftsminister darauf, daß auch in früheren Jahren der Maximalpreis von Roggen öfters auf 206—210 M. gestiegen sei; eine jüngst veröffentlichte offiziöse Notiz führte die berliner Marktpreise im Juni aus den Jahren 1870—1880 an, um zu beweisen, daß der normale Durchschnittspreis von Roggen ca. 180 M. per 1000 Kg. sei und daß die gegenwärtigen Preise darüber nicht erheblich hinausgingen. Aber alle hierbei angeführten Zahlen sind nur geeignet, das, was den charakteristischen Zug der gegenwärtigen Lage bildet, zu verhüllen. Denn dieser besteht darin, daß der Preis für Roggen mittlerer Qualität sowohl im Vergleich mit den Preisen früherer Jahre als im Verhältnis zu den Preisen für feinere Waare und für Weizen einen außerordentlich hohen Stand erreicht hat. Die Waare des großen Bedarfs ist am stärksten in die Höhe gegangen, wozu nicht wenig vielleicht auch der Umstand beigetragen hat, daß bei einem so hohen Preisstande, wie wir ihn jetzt seit Monaten haben, der Konsum stets vielfach von der besseren zu der geringen Qualität übergeht. Grade über diese Seite der Frage können weder die Maximalzahlen des Landwirtschaftsministers noch die nach einem komplizirten Rechnungssystem gefundenen Durchschnittszahlen der berliner Marktstatistik Belehrung geben. Zum Ausdruck gelangt diese Situation vielmehr nur in den Preisen, welche sich auf dem Markt selbst für Mittelwaare herausstellen. Als Grundlage kam man z. B. deshalb die amtlichen Notirungen der berliner Börse für Lieferungen nehmen, da hierbei die durch den Unterschied in der Qualität bedingten Differenzen fortfallen und der Preis stets für einen guten gesunden Roggen mittlerer Qualität gilt. In den drei letzten Tagen des Monats Juni notirte nun an der berliner Börse Lieferungsroggen für den laufenden Termin in M. per 1000 Kg. von 1866—1880 wie folgt:

1866	124,5	1874	180
1867	181,5	1875	142—142,5
1868	165,75—168,75	1876	156—159
1869	180	1877	151—154,5
1870	152,25—154,5	1878	126,5—127,5
1871	151,75—153,25	1879	117,5
1872	149	1880	195—200
1873	172,5—177		

Diese Uebersicht zeigt zunächst deutlich, daß ein Preis von 180 M. pro Tonne in den letzten 15 Jahren für den Monat Juni durchaus nicht als ein normaler Preis anzusehen ist. Weiter ergibt sich aber daraus, daß Roggen mittlerer Qualität Ende Juni an der berliner Börse in diesem ganzen Zeitraum nicht so hoch gestanden hat wie in diesem Jahre.

Die Uebervorteilung, deren sich die rheinisch-westfälischen Eisenwerke den deutschen Eisenbahnen und somit auch dem deutschen Publikum gegenüber dadurch schuldig machen, daß sie mittelst einer Koalition die Schienenpreise für das Inland hoch halten, während sie an das Ausland die gleichen Schienen zu weit billigeren Preisen verkaufen, wird noch immer mit der wiederholt besprochenen Rücksichtslosigkeit fortgesetzt. Die „Hamb. Börsenhalle“ bringt aus der neuesten Zeit dafür wieder ein recht schlagendes Beispiel bei. Vor Kurzem fand eine Submission auf Lieferung von 4000 Tonnen Stahlschienen für Bra-

silien statt, an welcher sich verschiedene deutsche Stahlwerke beteiligten. Ihre Preise bewegten sich zwischen der niedrigsten Offerte von 184,50 Frs. und der höchsten, von der Dortmunder Union abgegebenen Offerte von 205 Frs. per Tonne franko Rio de Janeiro. Nimmt man den Durchschnitt der deutschen Offerten ziemlich hoch an, nämlich mit 200 Frs. oder 160 M. frei Brasilien, so bleibt, nach Abzug der Bahnfracht vom Werk nach Rotterdam mit ca. 5 M. und der Seefracht von Rotterdam nach Rio de Janeiro mit mindestens 18 M., ein Preis für die Schienen von 137 M. per Tonne ab Werk. Bei der am 30. Juni in Frankfurt a. M. abgehaltenen Submission variierten die von rheinisch-westfälischen Werken eingereichten Offerten zwischen 183 M. und 195,50 M. ab Werk. Nimmt man auch hier nur einen Durchschnittspreis von 187 M., so stellt sich der Schienenpreis unserer Stahlwerke für das Ausland um 50 M. per Tonne niedriger als für das Inland. Allein bei der erwähnten Frankfurter Submission von ca. 6900 Tonnen Stahlschienen ergibt dies eine Differenz von 345.000 M., welche in letzter Linie der deutsche Konsument den Herren Eisenindustriellen für ihre nationale Arbeit mehr zu zahlen hat.

Das Schicksal der französischen Amnestie ist nunmehr nach der wiederholten Verhandlung in der Deputirtenkammer und im Senat entschieden. Der Senat hatte in seiner Freitagsitzung den Vermittlungsantrag der Deputirtenkammer abgelehnt, trotz der lebhaften Befürwortung durch die Minister, und er hatte seine ersten Beschlüsse im Wesentlichen aufrecht erhalten. Die Deputirtenkammer aber hat sich dem Senate gefügt und in ihrer Sonnabend Sitzung, laut telegraphischer Meldung, die Amnestievorlage in der vom Senate beschlossenen Fassung angenommen. Der Spott, mit welchem die radikale Presse die Gefügigkeit des Senates im Voraus verfolgte, war offenbar verfrüht und ist ins Gegentheil umgeschlagen. Ueber die Verhandlungen im Senate am letzten Freitage meldet uns ein Wolffsches Telegramm was folgt:

Die Kommission für Vorberathung der Amnestie-Vorlage hatte ein Amendement des Generals Bellissier angenommen, wonach von der Amnestie Brandstifter und Mörder der Kommune ausgeschlossen sein sollen, welche nach vorausgegangenem kontradiktorischen Verfahren verurtheilt wurden. Bei der heutigen Berathung erklärte der Vorsitzende der Kommission, Jules Simon, er sehe die durch die Verurtheilten angerichtete Amnestie fortgesetzt als eine Gefahr für die öffentliche Moral. Die Urheber der Amnestie machten sich eines schweren Fehlers schuldig und stürzten das Land in eine wahrhafte Verwirrung. Die Kommission sei nicht verantwortlich für die Verwirrungen, welche noch wachen und sich noch mehr verschärfen würden. Ueberdies werde die Mahregel gerade am Vorabend des Nationalfestes und in dem Augenblicke beantragt, wo die Dekrete zur Ausführung gebracht würden. Nichtsdestoweniger sei im Geiste der Verantwortlichkeit und in dem Interesse für die Sicherheit des Landes der von der Kammer beschlossene Wortlaut der Amnestievorlage mit dem einzigen Zufüge genehmigt worden, daß die im kontradiktorischen Verfahren verurtheilten Brandstifter und Mörder von der Amnestie ausgeschlossen sein sollten. Die Kommission habe auf diese Weise im Prinzip protestirt und das Gewissen des Landes retten wollen. Die Republikaner müßten mehr wie irgend Jemand die Verbrecher zurückweisen, welche die Kommission von der Amnestie ausschließen wolle. „Wir handeln als Politiker und Republikaner, ich bin überzeugt, wir werden die Billigung des Senats und des ganzen Landes finden.“ (Beifall.) Der Justizminister läßt dem Amendement der Kommission seine Anerkennung zu Theil werden, weist indeß darauf hin, daß es unmöglich sei, das Amendement praktisch auszuführen und erinnert daran, daß eine größere Anzahl von Schuldigen, die nicht kontradiktorisch verurtheilt wurden, in contumaciam verurtheilt worden seien. Das Amendement werde jedoch nach einer Ungerechtigkeit führen. Die Amnestie sei eine politische Maßregel, die Agitation werde fortbauern, wenn die Amnestie mit Einschränkung beschlossen werde. Fournier beantragt, die Worte des Amendements „nach vorausgegangenem kontradiktorischen Verfahren“ vorläufig auszunehmen. Bei der Abstimmung wurde der nach dem vorläufigen Antrag Fournier's modifizierte zweite Theil des Gesetzentwurfs mit 157 gegen 128 Stimmen und hierauf derselbe zweite Theil des Gesetzentwurfs in der von der Kommission beschlossenen Fassung mit 141 gegen 123 Stimmen genehmigt. Nach einer kurzen Unterbrechung der Sitzung wurde der ganze Gesetzentwurf mit einem Zusatzantrage Niar'd's, worin ausgesprochen wird, daß eine Ausnahme nicht anwendbar sei für solche Verurtheilte, deren Strafe von der Regierung bereits umgewandelt wurde, mit 176 gegen 98 Stimmen angenommen.

Der pariser „Figaro“ ist in den Stand gesetzt, Aufklärungen über die Haltung des Papstes gegenüber der Ausführung der französischen Märzdekrete zu geben. Der heilige Stuhl wird danach seine Beziehungen zu Frankreich aufrecht erhalten. Die Politik Pius IX. zwar habe, so heißt es in der Mittheilung, namentlich am Schlusse seiner Regierung einen persönlichen Charakter angenommen gehabt, der sich von der hundertjährigen Tradition des Papstthums entfernt habe. Die Klugheit Leo's XIII. dagegen und die seines gewandten Staatssekretärs Rina habe die Politik und Diplomatie auf diese Traditionen zurückgeführt. Für die Sorgfalt, die er in dieser Richtung aufwendet, sprechen die umfassenden diplomatischen Verhandlungen, die er begonnen hat. Welchen Ausgang auch die deutschen Unterhandlungen haben werden, ihre Existenz allein wird eine der bemerkenswertheiten Thatsachen in der diplomatischen Geschichte unserer Zeit bleiben: der einzige Souverän, der weder Land noch Meer besitzt, hat auf dem Fuß vollkommener Gleichheit mit der

ersten Militärmacht Europas unterhandelt, dem deutschen Reich; er hat auch mit der größten territorialen Macht verhandelt, mit Rußland. Und von diesen beiden Mächten ist die eine keizerlich, die andere schismatisch. Das Prinzip dieser Verhandlungen ist das der ganzen Politik Leo's: das geringere Uebel zu suchen. Das wird auch den Inhalt seiner neuen Beziehungen zum neuen Frankreich bilden. Das Konfordat offiziell zu zerbrechen wäre ein sehr großes Uebel; die Beleidigung zu ertragen und seine würdige und feste Haltung zu bewahren ist das geringere Uebel. Diese Haltung, welche von den Extremen aller Parteien getadelt wird, entspricht der höchsten Weisheit. Wird der römische Hof sprechen, so wird es aus diesem Tone sein. Soweit die Aufklärungen des „Figaro“. — Sehr charakteristisch erscheint das prunkende Zurückschlagen der Verhandlungen mit Deutschland; in der Thatfache solcher Verhandlungen als Gleicher zu Gleichen steht der römische Stuhl schon an sich einen Erfolg.

Personen, die Gladstone nahe stehen, trauen ihm die Entschlieung zu, nöthigenfalls England allein für die griechische Sache eintreten zu lassen. Nöthigenfalls, d. h. wenn die Porte sich der Besetzung der ihr abprotokollirten Gebietsstheile mit Waffengewalt widersetzen sollte und die Großmächte sich über eine gemeinsame Expedition zum Bestande der Griechen nicht sollten verständigen können. Für's Erste glaubt er an jenes eben so wenig wie dieses. Er giebt seinem Zweifel, daß die Türkei dem gemeinsamen Drucke der europäischen Mächte widerstehen werde, offen Ausdruck, und gleichzeitig vertritt er die Ansicht, daß der Gedanke einer gemeinsamen Aktion zu Gunsten Griechenlands um so leichter verwirklicht werden könnte, als es sich dabei um ein fest begrenztes Ziel, nämlich die Durchführung der in Berlin empfohlenen türkisch-griechischen Grenzregelung handle, von der sich eine spätere Veruneinigung der Mächte nicht leicht vorhersehen lasse. Offenbar denkt er dabei an eine gemeinsame Expedition gleich der von 1827, und wenn der türkischen Flotte ein neues Navarino beschert werden sollte, nun, dann würde er der letzte sein, der darüber untröstlich wäre. Er geht, wie man der „Köln. Ztg.“ schreibt, in seinen vertraulichen Auslassungen aber noch viel weiter. Wolte man aus hingeworfenen Aeußerungen einen Schluß ziehen, dann müßte dieser dahin lauten, daß Gladstone von dem Wunsch und Ehrgeiz befeuert ist, unter seiner diesmaligen Premierschaft die orientalische Frage gelöst, bis zu der Entscheidung über die zukünftigen Besitzer Konstantinopels gelöst zu sehen. Wie dies geschehen soll, darüber spricht er sich meist nur in Drakeltönen aus, aber daß es an der Zeit sei, den Türken aus Europa hinauszuführen, darüber läßt er sich im vertraulichen Kreise sehr offen vernehmen. Vielleicht reizt ihn der Gedanke, die Sophienmoschee in eine christlich-protestantische Kirche umgewandelt zu sehen, obwohl er, aus ästhetischen Rücksichten, auch für den pomphaften Gottesdienst der russisch-griechischen Kirche recht sehr eingenommen sein soll. Die übrigen Minister sind in ihren Aeußerungen um vieles zurückhaltender. Manchem unter ihnen graut wahrscheinlich vor dem Gedanken, wohin ihr Führer sie wohl noch führen werde.

Ueber „die strazburger Tabaksmanufaktur und die Monopolpläne des Reichskanzlers“

bringt die „Bresl. Z.“ einen Artikel, den wir in seinem wesentlichen Theile hier folgen lassen:

Durch den frankfurter Frieden ging mit anderem, ehemals französischem Staatsgut in den annekirten Provinzen auch „La manufactory impériale des tabacs de Strassbourg“ in den Besitz des deutschen Reiches über. Man muß wissen, wie die französische Regierung die Tabaksfabrikation an wenigen Orten im Lande konzentriert hatte und daß die strazburger Niederlassung unter den 15 oder 16 Etablissements einen ganz hervorragenden, wenn nicht den ersten Rang einnahm — um die Bedeutung dieser Erwerbung richtig zu würdigen. Es kam hinzu, daß während des Krieges nicht bloß in Strazburg, sondern auch an anderen Orten in die Hände der deutschen Truppen große Tabaksbestände gefallen waren, welche man nun der strazburger Fabrik zur Verarbeitung zuführte. Ob man wegen des spezifisch französischen Charakters der Vorarbeit, den diese Tabake zeigten, davon Abstand nehmen mußte, einen Abatz an deutsche Tabakfabrikanten herbeizuführen, oder ob man zunächst mit Rücksicht auf die strazburgische und elsässische Arbeiterbevölkerung der strazburger Anstalt dieses kolossale Material überwieß, fann dahingestellt bleiben. Genug, die Bedeutung des Etablissements für den deutschen Tabaks- und Zigarrenmarkt wurde durch diesen Vorgang nur noch gehoben und die reichsländischen wie die deutschen Kaufleute und Gewerbetreibenden, die sich von dem Wegfall des Tabaksmonopols in Elsaß-Lothringen Vortheile versprochen hatten, sahen sich schwer enttäuscht. Schon zu Anfang des Jahres 1872 petitionirten zirka 200 hervorragende deutsche Tabaksinteressenten in einer Eingabe an das Reichskanzleramt um Auflösung der strazburger Tabaksmanufaktur als Staatsanstalt. Die strazburger Handelskammer stellte in einer besonderen Eingabe die gleiche Forderung. Bei der damals im Bundesrathe und im Reichskanzleramte herrschenden wirthschaftspolitischen Strömung war eine zustimmende Erwiderung von maßgebender Stelle mit Sicherheit zu erwarten, und in der That reskribirte der Reichskanzleramt's-Präsident Dr. Delbrück bereits am 19. Januar 1872 wie folgt:

„Ew. Wohlgeboren wird auf das Schreiben vom 7. Januar d. J. unter Rückgabe der Anlage ergebenst erwidert, daß die Auflösung der Strazburger Tabaksmanufaktur als Staatsanstalt in

Produkten-Börse.

Berlin, 10. Juli. Wind: S.D. Wetter: Drückend heiß. Weizen per 1000 Kilo loco 210-238 M. nach Qualität gefordert...

bez. per Septemb.-Oktober 24,20-24,35 Mark bezahlt, per Oktob.-November 23,90 Mark bez., per November-Dezember 23,60 Mark bez.

Bromberg, 10. Juli 1880. Bericht der Handelskammer.

Weizen: unverändert hellbunt 205-210, hochbunt u. glatt 210-216 abfallende Qualität 190-195 Mark.

Spiritus: pro 100 Liter a 100 pSt. 63-63,50 M. Rubelcours: 216,00 Mark.

Stettin, 10. Juli. (An der Börse.) Wetter: Schön. Temp. + 23 Grad N. Barometer 28,6. Wind: S.D.

Weizen fester, per 1000 Kilo loco gelber inländ. 215 bis 220 M. weißer 216-222 M., per Juli 220,0 nomin., per Juli-August 208 M. Gd., per September-Oktober 196-197 M. bezahlt...

Heutiger Landmarkt: Weizen 216-225 M., Roggen 195-205 M., Gerste 160-170 M., Hafer 168-172 M., Erbsen 168-180 M., Rüben 234-246 M., Kartoffeln 78-84 M., Heu 2,5-3 Mark, Stroh 33-36 M.

Berlin, 10. Juli. Das gestrige Nachgeschäft hatte fest und für einzelne Papiere hoch geschlossen; an der Pariser Börse behielt dagegen eine gewisse Berstimmung die Oberhand...

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 10. Juli 1880. Preussische Fonds- und Geld-Course.

Table of Prussian bonds and money rates. Columns include bond type (e.g., Consol. Anleihe), amount, and price.

Table of domestic bonds (Pomm. G.-B., do. II. IV., etc.) with columns for bond name, amount, and price.

Ausländische Fonds.

Table of foreign bonds (Amerik. rz. 1881, do. do. 1885, etc.) with columns for bond name, amount, and price.

gen österreichischen Eisenbahnaktien machte die große Mindereinnahme der Staatsbahn einen ungünstigen Eindruck und Kreditaktien folgten der Abwärtsbewegung dieser Papiere mit einem raschen Verluste von 4 M. Bergische büxten etwa 1/2 pSt. ein...

Bank- u. Kredit-Aktien.

Table of bank and credit stocks (Badische Bank, Bf. Rheinl. u. Westf., etc.) with columns for stock name, amount, and price.

Industrie-Aktien.

Table of industrial stocks (Brauerei Pagenhof, Dammh. Rattun, etc.) with columns for stock name, amount, and price.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Table of railway common stocks (Altona-Maistrich, Atona-Riel, etc.) with columns for stock name, amount, and price.

Prioritäten fest, fremde Eisenbahn-Obligationen schwach behauptet. Die Staatsanleihe und Stille behaupteten auch im Laufe der zweiten Stunde ihre Herrschaft; zu Anfang der letzten halben Stunde trat eine kleine Erholung ein...

Rechte Oberuf. Bahn.

Table of Right Upper Railway stocks (Altona-Maistrich, Atona-Riel, etc.) with columns for stock name, amount, and price.

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Table of railway priority bonds (Nach-Maistrich, do. do. II., etc.) with columns for bond name, amount, and price.

Oberschles. v. 1874.

Table of Upper Silesian 1874 bonds (Brieg-Neisse, do. Coi.-Dorb., etc.) with columns for bond name, amount, and price.

Ausländische Prioritäten.

Table of foreign priority bonds (Elisabeth-Westbahn, Gal. Karl-Ludwig, etc.) with columns for bond name, amount, and price.